

■ Musik verbindet

Große Anfrage zur Rock- und Popmusik beantwortet

N

ahezu ein Jahr hatte es gedauert. Nun liegt die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag mit dem Titel »Bestandsaufnahme und Perspektiven der Rock- und Popmusik in Deutschland« (Drucksache 14/4290) vor – und ist angesichts der gespannten Weltlage und ihrer Berliner Niederschläge kaum zur Kenntnis genommen worden. Dabei hätte diese Antwort durchaus mehr Interesse verdient, widmet sie sich doch eines Bereichs populärer Kultur, der, nicht selten als reine »U-Musik« diskreditiert, mittlerweile zum festen Bestandteil unseres Alltagslebens geworden ist.

So heißt es denn auch bereits in der Vorbemerkung: »Die gesellschaftliche Akzeptanz der Rock- und Popmusik hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verbreitert. Die Fans von Rock- und Popmusik sind fester Bestandteil der Kultargesellschaft geworden«. Nicht nur den Beatles, Rolling Stones, Pink Floyds, sondern auch den Idolen der deutschen Pophistorie wie Roy Black, Rex Gildo und Peter Alexander sei Dank. Doch diese Wirkungsgeschichte interessiert nur am Rande.

69 Fragen der Opposition werden in der Drucksache auf 40 Seiten zu beantworten versucht. Die Regie führte dabei der *Beauftragte der Bundesregierung für die Angelegenheiten der Kultur und der Medien (BKM)*. Herausgekommen ist ein kurzweiliger Zustandsbericht zur Rock- und Popmusik in Deutschland, der nach einer obligatorischen Vorbemerkung zur Rolle der staatlichen Kulturförderung und der Zuständigkeit des Bundes drei thematische Schwerpunkte setzt:

Zunächst wird die *Allgemeine Situation (I)* behandelt. In diesem umfangreichsten Teil der Antwort spannt sich der Bogen von der kulturwirtschaftlichen Bedeutung des Sektors über Beschäftigungszahlen und Förderprogramme bis hin zu Interessenverbänden und Netzwerken. Dabei wird deutlich, dass die empirische Basis in Sachen Pop- und Rockmusik noch verbesserungswürdig ist. Trotz erheblicher Zulieferung seitens der entsprechenden Verbändelandschaft muss die Bundesregierung bei manchen Fragen einfach passen. Es sei hier allerdings auch angemerkt, dass gerade der Bereich der semi-professionell und/oder im Amateurstatus agierenden Szene einschließlich ihrer Klientel

ebenfalls ebenso kurzlebig wie undurchschaubar sein dürfe.

Im nächsten Themenblock geht es um *Ausbildung und Nachwuchsförderung (II)*. Hier ist die Lage empirisch ähnlich undurchsichtig. Während die eher traditionellen Einrichtungen wie Hochschulen, Akademien und Musikschulen sowie deren Ausbildungs- und Förderprogramme relativ gut recherchiert sind, versagt das Instrument der Bestandsaufnahme bei der Spezifizierung auf Rock- und Popmusik weitgehend. Deutlich wird jedoch, dass hier gemessen an der sonstigen Situation im Musikbereich noch erheblicher Nachholbedarf besteht und auch offensiv eingefordert werden sollte. Speziell die Nachwuchsförderung im Bereich Rock- und Popmusik bildet dabei ein klares Desiderat öffentlicher Kulturförderung.

Rechtliche Rahmenbedingungen (III) bilden schließlich den letzten thematischen Schwerpunkt der Bestandsaufnahme und Perspektivschau. In diesem Zusammenhang geht es zuvörderst um GEMA-Gebühren, Steuerprobleme und Urheberschutz sowie um den

Einfluss der Neuen Medien auf Fragen der Rezeption und (Re-)Produktion künstlerischer Erzeugnisse. Bei den Antworten werden sowohl die Bundeskompetenz unterstrichen wie die zunehmende Europäisierung bzw. Internationalisierung des Musikmarktes und seiner ordnungspolitischen Beeinflussung hervorgehoben.

Kurzes Fazit: Alles in allem können eigentlich alle mit dieser Antwort der Bundesregierung zufrieden sein: Die Opposition, die schon im Vorfeld die Gelegenheit erhielt, die Regierung bei einem eher progressiven Thema auf die Defizite ihrer Kulturpolitik hinzuweisen; die Regierung, die die eigene kulturpolitische Kompetenz und den genuinen Gestaltungsauftrag untermauern konnte; und schließlich die Verbändelandschaft in Sachen Musik und ihrer Förderung, deren Leistungsfähigkeit und Unentbehrlichkeit unterstrichen wurde. In diesem Sinne ist ein wesentlicher Auftrag Großer Anfragen und ihrer Beantwortung im Deutschen Bundestag in Sachen Kunst und Kultur mehr als erfüllt worden.

Franz Kröger



»Weg von der Ausländerdebatte! Wir repräsentieren das neue, progressive

Deutschland!« Diese Äußerung eines der Preisträger war leitmotivisch für den *civis medienpreis* für Hörfunk und Fernsehen, der am 6. Nov. in Köln vergeben wurde, und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (links im Bild) sekundierte: Es helfe den Deutschen und habe »etwas Befreiendes«. Der 1987 von der *Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen* gemeinsam mit der ARD, unter Federführung des Westdeutschen Rundfunks und der Freudenberg Stiftung, Weinheim ins Leben gerufene Preis wurde 2001 zum 14. Mal vergeben. Mit dem Preis werden Hörfunk- und Fernsehbeiträge in Deutschland ausgezeichnet, die das Leben in der kulturellen Vielfalt zum Thema haben. (J.H.)